

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0253/2025 (STK)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Auswirkungen des Vertragspakets Schweiz-EU (EU-Unterwerfungsvertrag) auf die kantonale Justizhoheit (12.11.2025)

Am 28. Oktober 2025 veröffentlichte die Staatskanzlei eine Medienmitteilung, in welcher der Regierungsrat das sogenannte «Stabilisierungspaket Schweiz-EU» grundsätzlich begrüsst. Begründet wird diese Haltung insbesondere mit der wirtschaftlichen Bedeutung des europäischen Binnenmarkts für den Kanton Solothurn und den Vorteilen einer Aktualisierung der gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA). In derselben Mitteilung betont der Regierungsrat jedoch, dass er eine supranationale Überwachung der Anwendung dieses Unterwerfungsvertrags mit der EU ablehne und dass die Kantone bei der Umsetzung finanziell schadlos gehalten werden müssten. Offenbar scheint der Regierungsrat selbst gewisse Probleme zu erkennen, die mit dem vorliegenden Vertragswerk verbunden sein könnten.

Wir ersuchen den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Bereichen würde ein Vertragsabschluss die Rechtsprechung und Entscheidpraxis der kantonalen Gerichte und Behörden berühren?
2. In welchem Umfang könnten kantonale Gerichte und Behörden in Zukunft an europäische Verfahren, Urteile oder Standards gebunden werden?
3. Welche finanziellen oder personellen Folgen würden sich aus einem Vertragsabschluss für die kantonalen Gerichte und Behörden ergeben?
4. Renommierete Experten (u.a. ehem. EFTA-Richter Prof. em. Dr. iur. Dr. h.c. Carl Baudenbacher) kritisieren, dass mit einem Vertragsabschluss das Rechtsverständnis des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) für die kantonalen Gerichte und Behörden verbindlich würde. Könnte der Regierungsrat aufzeigen, inwiefern kantonale Gerichte und Behörden das EU-Recht und das Rechtsverständnis des EuGH bei der Auslegung des schweizerischen/kantonalen Rechts künftig zu berücksichtigen haben?
5. Bedarf es mit einem Vertragsabschluss einer Anpassung der Gerichts- und Behördenorganisation? Gibt es kantonale Gerichte und Behörden, die mit Vertragsabschluss funktional überflüssig würden?
6. Auf welche Art und Weise würde mit Vertragsabschluss eine supranationale Überwachung der Anwendung des Vertragswerks mit der EU die kantonalen Gerichte und Behörden beeinflussen?

Begründung 12.11.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Winistörfer Marc, Borner Matthias, Dick Markus, Fischer Tobias, Frey Thomas, Giger Thomas, Jacomet Pascal, Jeker Silvio, Kiefer Robin, Künzli Beat, Läng Adrian, Ritschard Stephanie, Rohr Jennifer, Stärkle Diana, von Arx Thomas, Wenger Thomas, Wyss Marianne
(17)